

über die Aufgaben der Parteiorganisationen

Die staatlichen Organe der Deutschen Demokratischen Republik spielen eine wichtige Rolle im Kampf um die schnelle und unbürokratische Durchführung des neuen Kurses. Der Hauptinhalt des neuen Kurses besteht in einer grundlegenden Verbesserung der wirtschaftlichen und politischen Lage in der Deutschen Demokratischen Republik, um auf dieser Basis das Lebensniveau der Arbeiterklasse und aller Werktätigen der Republik in bedeutendem Maße zu heben und unsere Staatsmacht zu stärken. Hieraus erwachsen den staatlichen Organen gewaltige Aufgaben und hohe Verantwortung. Die Arbeit der Parteiorganisationen im Staatsapparat, der leitenden Funktionäre und aller Mitarbeiter ist deshalb von entscheidender Bedeutung für die konsequente Durchführung der staatlichen Politik, der stärkeren Mobilisierung der Werktätigen und ihre Einbeziehung in die Leitung des Staates. Auf der 15. Tagung des ZK der SED konnte Genosse Walter Ulbricht feststellen, „daß sich der Staatsapparat der Deutschen Demokratischen Republik gefestigt hat und ein wirksames Instrument zur Durchführung unserer Verfassung und der Beschlüsse der Volkskammer geworden ist“.

Die weitere Festigung unserer demokratischen Ordnung und die strenge Einhaltung der demokratischen Gesetzmäßigkeit als wichtige Bestandteile des neuen Kurses machen es erforderlich, den gesamten Staatsapparat noch enger mit den breiten Massen der Bevölkerung zu verbinden. Voraussetzung dafür ist aber die Ausmerzung der Methode des nackten Administrierens und der ständige schonungslose Kampf gegen jede Form des Bürokratismus.

Staatsangestellte dürfen weder schwatzhaft noch vertrauenselig sein

Die Erfahrungen aus der Tätigkeit unserer staatlichen Organe lehren, daß es noch viele Mitarbeiter, insbesondere in den zentralen staatlichen Organen, gibt, die sich zu ihren Pflichten formal und bürokratisch verhalten, Partei- und Staatsgeheimnisse nicht wahren, nicht wachsam sind und keine wirkliche Beständigkeit bei der Erfüllung der Beschlüsse der Partei und Regierung zeigen. Dadurch geben sie den Feinden unserer Republik die Möglichkeit, ihre verbrecherische Tätigkeit unbehindert durchzuführen, was uns z. B. ein Urteil des Kreisgerichts Karl-Marx-Stadt bestätigt, in dem es u. a. heißt: „Die Angeklagten (Hoffmann, Scheuner usw.) hatten sich auf betrügerischem Wege in zentrale staatliche Organe der Deutschen Demokratischen Republik eingeschlichen, wo sie im Aufträge des amerikanischen Spionagedienstes seit dem Jahre 1951 systematisch Spionage- und Wühlarbeit gegen die Deutsche Demokratische Republik betrieben.“⁴ Wie war es möglich, daß diese Banditen seit 1951 systematisch Spionage- und Wühlarbeit durchführen konnten, ohne daß sie dabei entlarvt wurden? Gab es denn keine Signale, die den Mitarbeitern auffielen, und mit denen sie sich hätten auseinandersetzen müssen? Hat sich die Parteiorganisation und ihre Leitung mit bereits bekannten feindlichen Auffassungen auseinandergesetzt? Ja, es gab genügend Signale, doch sie wurden völlig ungenügend beachtet. In der Parteiorganisation und Parteileitung wurden

keine kämpferischen Auseinandersetzungen mit dem Ziel der Entlarvung der Feinde geführt.

Die Parteileitungen, die Genossen und Mitarbeiter in allen staatlichen Organen müssen aus dieser Mitteilung des Kreisgerichts Karl-Marx-Stadt sofort ernste Schlußfolgerungen ziehen, weil ein sorgloses Verhalten zur Feindarbeit im Staatsapparat das Vertrauen der Werktätigen zu ihrem Staat nicht fördert, sondern dem Arbeiter- und Bauernstaat nur Schaden zufügt. Keinen Augenblick darf man vergessen, daß die Agenturen der imperialistischen Mächte alles daransetzen, in unsere Partei, in unseren Staatsapparat und in unsere Wirtschaft einzudringen, um Partei- und Staatsgeheimnisse auszuspionieren, Diversionsakte zu organisieren, die politische Wachsamkeit unserer Bürger einzuschläfern, um uns so Schaden zuzufügen, das Tempo unserer Aufbauarbeit und damit die Hebung des Lebensstandards zu verlangsamen und Unzufriedenheit und Mißstimmung unter der Bevölkerung zu schaffen. Lenin und Stalin, die großen Lehrmeister des sozialistischen Aufbaus, erzogen die Kader der Partei im Geiste höchster Wachsamkeit und großen politischen Scharfblicks. Daran erinnerte Genosse Malekow in seinem Rechenschaftsbericht auf dem XIX. Parteitag der KPdSU, indem er sagte:

„Einige Funktionäre, die von den wirtschaftlichen Aufgaben und Erfolgen hingerissen sind, beginnen zu vergessen, daß die kapitalistische Umkreisung immer noch besteht und daß die Feinde des Sowjetstaates hartnäckig bestrebt sind, ihre Agenten zu uns zu schicken und die labilen Elemente in der Sowjetgesellschaft für ihre schmutzigen Zwecke auszunutzen.“

Diese Feststellung hat nicht nur Berechtigung für die Sowjetunion, sondern ganz besonders für uns in der Deutschen Demokratischen Republik, und die Parteiorganisationen in den staatlichen Organen müssen hierin einen Schwerpunkt ihrer Arbeit erkennen.

Die Parteiorganisationen müssen ihre Aufgaben kennen

Aus dem bisher Gesagten wird verständlich, welche entscheidende Bedeutung die Parteiorganisationen in den staatlichen Organen haben. Sie sind dazu berufen, auf die Verbesserung der Tätigkeit der staatlichen Organe, insbesondere auf die Erziehung aller Mitarbeiter zu einem hohen Staatsbewußtsein und zur Wahrung der Partei- und Staatsgeheimnisse einen entscheidenden Einfluß auszuüben. Sie haben weiter gerade durch ihre parteipolitische und parteiorganisatorische Arbeit zu gewährleisten, daß die Beschlüsse der Partei und Regierung von allen Mitgliedern der Partei und allen Mitarbeitern des Staatsapparates gewissenhaft durchgeführt werden. Oftmals tritt in Erscheinung, daß Parteiorganisationen in den staatlichen Organen diese verantwortungsvolle Aufgabe noch nicht begriffen haben. Sie gehen nicht gründlich an die Durchführung heran und wollen dabei noch Aufgaben lösen, die ihnen nicht zustehen. Diese Feststellung sollten die Genossen der Leitung der Betriebsparteiorganisation beim Rat des Bezirks Potsdam besonders beachten. Sie sind z. B. der Auffassung, daß es richtig ist, wenn die Genossen Ratsmitglieder durch die Parteileitung in bezug